

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland ABiD e.V.

- Versand per E-Mail -

PG-Bundesinstitut@bmg.bund.de.

Betreff: Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit

Bezug: Einleitung der Verbändebeteiligung

Geschäftszeichen: PG-BÖG-11570-06

Grundsätzlich begrüßt der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland ABiD e.V. das Ziel des Ausbaus von Prävention von chronischen Erkrankungen, da sich diese nicht nur auf Lebensqualität auswirken, sondern auch wesentlichen Grund von Behinderung und Pflegebedarf darstellen.

Allerdings sollten Kosten für die Etablierung eines neuen Instituts selbst so gering wie möglich gehalten werden und der Fokus vielmehr auf inhaltliche konkrete Fragen ausgerichtet werden, um die ohnehin knappen finanziellen und personellen Ressourcen im Gesundheitswesen prioritätenorientiert einzusetzen.

So wäre es wünschenswert, nicht nur bestehende Daten aus Leitlinien, Studien und Gesundheitsberichten der einzelnen Akteur:innen zusammenzuführen, sondern als Mehrgewinn auch Folgen für die tägliche Praxis im Gesundheitssystem selbst endlich konsequent zu realisieren. Beispielsweise besteht die Notwendigkeit, Erkenntnisse direkt in Disease-Management-Programme (DMP) für häufige chronische Erkrankungen zu überführen, damit bei ausreichender Budgetierung in direkter ärztlicher-Patient:innen-Kommunikation Risikofaktoren rechtzeitig erkannt und behandelt werden können. Eine Informationssammlung allein wird schließlich nicht Verhaltensänderungen bewirken. Immerhin ist bereits allgemein bekannt, dass z.B. Rauchen schädlich ist. Daher muss in direkter Vernetzung mit der Politik ggf. an rechtlichen Maßnahmen wie Verboten gearbeitet werden, um Prävention „lebend“ zu machen.

Bei der Datensammlung und Forschung sollte ein Thema die Analyse von der medizinischen Versorgung bei Menschen mit Behinderung darstellen und u.a. konkrete Maßnahmen zum Abbau von Barrieren z.B. zu medizinischen Einrichtungen formuliert werden. Schließlich ist jede Patient:in, der/die nicht einmal Zugang zu Gesundheitseinrichtungen durch bauliche Barrieren/ Brandschutztüren hat, gefährdet, medizinisch unterversorgt zu werden.

Informationsmaterial für die und Kommunikation mit den genannten vulnerablen Gruppen muss zudem barrierefrei erfolgen.

Hinsichtlich der Verbesserung des Infektionsschutzes durch die Etablierung eines neuen Instituts und Aufgabeneinteilung ist es bedauerlich, dass weiterhin Bund-Länder-Grenzen bestehen bleiben sollen. Dies steht schneller bedarfsgerechter Handlung im Extremfall wie einer Pandemie im Weg und dient nicht dem Abbau von Barrieren.